

# BZÄK-Hauptgeschäftsführer besucht BLZK

Rechtsanwalt Florian Lemor zum Antrittsbesuch in München

*Anlässlich der Sitzung des Arbeitskreises „Muster-Berufsordnung“, der Mitte September in München tagte, machte der neue Hauptgeschäftsführer der Bundeszahnärztekammer, Florian Lemor, einen „Antrittsbesuch“ bei der Bayerischen Landes Zahnärztekammer.*

Begrüßt wurde Lemor vom Hauptgeschäftsführer der BLZK, Peter Knüpper, der die Verwaltungsaufgaben der Kammer skizzierte. Anschließend führte Lemor Gespräche mit Justitiar Michael Pangratz sowie den Geschäftsbereichsleitern der Kammer, Stephan Grüner (Kaufmännischer Geschäftsbereich und eazf), Florian Schrems (Geschäftsbereich Recht und Praxis) sowie Isolde M. Th. Kohl (Geschäftsbereich Kommunikation). Lemor trat seine neue Position in der BZÄK am 1. Oktober 2009 an. Dort folgt er auf Klaus Schlechtweg (70), der nach vielen erfolgreichen Jahren in der zahnärztlichen Selbstverwaltung in den Ruhestand geht. Florian



Florian Lemor (links) und Peter Knüpper

Foto: BLZK

Lemor, von Haus aus Rechtsanwalt, war zuvor beim Bundesverband der Freien Berufe (BFB) tätig und leitete dort das Brüsseler Büro.

Redaktion

## Verband Freier Berufe in Bayern: Bologna-Prozess aufhalten und umsteuern

„Die letzte Bastion – Freie Berufe und der Bologna-Prozess“ – zu diesem Thema hatte der Verband Freier Berufe in Bayern (VFB) im Anschluss an die diesjährige Delegiertenversammlung Gäste aus Politik und Gesellschaft eingeladen.

Die Bachelor/Master-Struktur führt in vielen Studiengängen nicht zu mehr, sondern zu weniger Mobilität und überfordert die Studierenden, so der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, Ministerialdirektor Hans-Werner Klotz. Er hatte den Vortrag von Staatsministerin Dr. Beate Merk übernommen, die noch in Berlin bei den Koalitionsverhandlungen war. Die Erfahrungen aus bereits umgestellten Studiengängen sind ernüchternd. Nach einer vom Bundesministerium für Bildung und Forschung veröffentlichten Studie sinkt die Akzeptanz der neuen Studiengänge bei den Studierenden bereits jetzt drastisch. Merk gilt als vehemente Streiterin für den Erhalt des juristischen Staatsexamens. In diese Kerbe schlug auch ihr Amtschef. Gegen eine Übertragung des Bologna-Prozesses auf die Juristenausbildung sprächen Qualitätsverluste, eine verlängerte Ausbildungsdauer für die reglementierten juristischen Berufe sowie die nach wie vor fehlenden Chan-

cen eines Bachelor of Law auf dem Arbeitsmarkt. Absolventen mit Bachelor-Abschlüssen hätten in den Rechtsabteilungen von Unternehmen keine Chance. Laut einer Umfrage schließen 75 Prozent deren Beschäftigung aus, so Klotz. Er warnte vor einer Liberalisierung des Rechtsberatungsmarktes, um „Teilanwälten“ mit Bachelor-Abschlüssen Berufsperspektiven zu schaffen. Diese Entwicklungen wären nicht nur für die Anwaltschaft, sondern auch für den Verbraucherschutz ein „Schlag ins Kontor“. Klotz mahnte zu großer Vorsicht bei der Umstellung der Staatsexamensstudiengänge. Dies gelte auch für die Staatsexamen in Medizin und Pharmazie. Klotz: „Staatsexamen in Jura und im Gesundheitsbereich sind die letzten Bastionen. Wer kämpft, kann verlieren, wer aufgibt, hat schon verloren.“

Klotz bekam viel Zustimmung in der anschließenden Diskussion. Alle waren sich einig, dass der Bologna-Prozess aus Sicht der Freien Berufe in die falsche Richtung führt. VFB-Präsident Dr. Fritz Kempfer betonte in seinem Schlusswort: „Die Freien Berufe müssen sich gemeinsam gegen die weitere Umsetzung des Bologna-Prozesses wehren. Er bringt nur eine Nivellierung nach unten.“

Isolde M. Th. Kohl